

# Elternbündnis NRW

Arbeitsgemeinschaft anerkannter Elternverbände



**Elternrat Hauptschulen NRW e.V. - Elternverein NRW e.V.**  
**Landeselternschaft der Gymnasien in NRW e.V. - Landeselternschaft der Realschulen in NRW e.V.**  
**LERNEN FÖRDERN NRW e.V.**

An den  
Bundeselternratsvorsitzenden  
Herrn Wilfried Steinert  
Albert-Buchmann- Str. 15  
16515 Oranienburg

vorab per Mail

22.09.2005

## **Tagung und Hauptausschusssitzung 23. - 25.09.05 in Schwielowsee**

Sehr geehrter Herr Steinert,

wie Sie inzwischen wissen, können weder Marietta Omid (LE-Gymnasien) für das Land NRW noch Claudia Jacobi-Gehrmann (LERS) für den Realschulausschuss an der Hauptausschusssitzung am 25.09.05 in Schwielowsee teilnehmen. Damit wird die Mehrheit der NRW-Landesverbände nicht vertreten sein.

Deshalb möchten wir im Folgenden schriftlich Stellung nehmen zu der Tagung "Länger gemeinsam lernen" und der Hauptausschusssitzung am 25.09.05.

In Ihrer Einladung konstatieren Sie, die Diskussion um eine Veränderung unserer Schulstruktur würde immer breiter. Dieser Behauptung können wir aus Sicht des größten Bundeslandes nicht folgen. NRW hat einen Jahrzehnte währenden unfruchtbaren Streit über geplante Veränderungen von Schulformen hinter sich. Seit mehr als 20 Jahren hat man erfolglos versucht, das gegliederte Schulsystem durch eine integrative Schulform abzulösen. Trotz aller politischer Unterstützung, die diese Schulform in der Vergangenheit erfahren hat, hat sich die ganz überwiegende Mehrheit der Eltern in NRW nicht beirren lassen.

Sie schickten mehrheitlich ihre Kinder lieber auf personell und sächlich schlecht ausgestattete Haupt-, Realschulen und Gymnasien oder wählten Schulen in freier Trägerschaft, als sie den bisher besser geförderten Gesamtschulen anzuvertrauen. Vorläuferstudien von PISA wie TIMSS und BIJU bestätigten die Eltern in ihrer Wahl. Nichtsdestotrotz schnitt NRW bei PISA äußerst schlecht ab, auch unsere Gesamtschulen. Wir müssen und werden uns jetzt und in Zukunft dafür einsetzen, dass alle Schulformen gleich behandelt werden.

Kontaktadresse 2005/06: Geschäftsstelle der Landeselternschaft der Realschulen in NRW e.V.  
Niederrheinstr. 41, 40474 Düsseldorf, T: 0211-5868907, F: 0211-5868908

Informationen unter: [www.elternbündnis-nrw.de](http://www.elternbündnis-nrw.de)

mail: [info@ebnrw.de](mailto:info@ebnrw.de)

Die in NRW gemachten Erfahrungen führen nur zu dem Schluss, dass innere Reformen äußeren vorgezogen werden müssen. Für die Eltern in NRW heißt das: Die Qualität der Schulen und des Unterrichtes muss deutlich verbessert werden. Den Blick dazu nur auf Strukturfragen zu richten, halten die NRW-Eltern in ihrer ganz überwiegenden Mehrheit für ideologisch fehlgeleitet und nicht zielführend. Das wurde uns in entsprechenden Umfragen bestätigt. Die von uns vertretene eindeutige Mehrheit der Eltern in NRW will keine weiteren Strukturdebatten. Alle Eltern wollen eindeutig mehr und besseren Unterricht für ihre Kinder. Sie wollen besser ausgebildete Lehrer und zusätzliches Personal, wie Verwaltungskräfte und Sozialpädagogen an den Schulen des Landes. Diese Forderungen durchzusetzen, haben sie ihre Landeselternvertretungen beauftragt.

Die Landeselternschaften der Gymnasien und der Realschulen, der Elternrat Hauptschulen und der Förderschulverband LERNEN FÖRDERN agieren im Elternbündnis NRW gemeinsam, um ihren Aufträgen gerecht zu werden und führen einen kritischen Dialog mit der jeweiligen Landesregierung. Gemeinsam werden sie darauf achten, dass die in der KMK vereinbarten Bildungsstandards angemessen umgesetzt werden und damit Vergleichbarkeit und Chancengerechtigkeit innerhalb der Bundesrepublik sichergestellt werden. Sie kommen damit dem Auftrag ihrer Mitglieder nach, die in breitem Konsens eine Fortsetzung der Strukturdebatte ablehnen.

Deshalb sehen die genannten Verbände sich außer Stande, die immer wieder erhobene Forderung des Bundeselternrates nach einer Strukturreform zu unterstützen. Vielmehr müssen sie sich davon in aller Deutlichkeit distanzieren, zumal sie ansonsten ihren Mitgliederaufträgen zuwider handeln würden. Vor allem aber müssen sie nachdrücklich der Behauptung widersprechen, dass es sich bei der vom Bundeselternrat vertretenen Position um die Meinung "der Eltern in Deutschland" handelt.

NRW hat mit ca. 1.750 weiterführenden Schulen des gegliederten Schulsystems ein erhebliches Votum, das nicht durch BER-"Mehrheitsbeschlüsse" übergangen werden kann. Natürlich ist uns bekannt, dass die Vertreter unserer Gesamt- und Grundschulen, die ja integrative Systeme darstellen, eine andere Meinung vertreten. Wir geben aber zu bedenken, dass nur ca. 15 % der Eltern in NRW ihre Kinder nach der Grundschule an einer Gesamtschule anmelden.

Wir würden es begrüßen, wenn sich der BER von der Strukturdebatte lösen könnte und Bestrebungen nach Qualitätsverbesserung, wie sie uns auch aus anderen Ländern bekannt sind, künftig in den Vordergrund seiner Arbeit stellen würde. Dazu wäre es aus unserer Sicht auch hilfreich, sich einmal mit den Vorträgen von Referenten auseinanderzusetzen, die eine andere als die von Dr. Schleicher vertretene Ansicht vorstellen.

Wir sind davon überzeugt, dass nur in der Auseinandersetzung mit kontroversen Standpunkten eine echte - wissenschaftlich fundierte - Meinungsfindung möglich ist. So sehr wir auch die Zusammenarbeit des BER mit Organisationen wie der GGG, der GEW und der Aktion "Humane Schule" begrüßen, so sehr vermischen wir jedoch die Darstellung auch anderer, vor allem kontroverser Standpunkte. Der BER sollte sich seiner Verantwortung zur Neutralität bewusst sein. Nur dann lässt sich nach Abwägung aller Argumente eine möglichst objektive Position für den Einzelnen und zum Wohle unserer Kinder finden. Diesbezüglich wäre es auch begrüßenswert, wenn sich der BER künftig auf seine Rolle als Arbeitsgemeinschaft der Landesverbände zurückbesinnen könnte.

Zu dem auf der Tagesordnung befindlichen Punkt "Satzungsänderung" möchten wir darauf hinweisen, dass uns bis heute kein Protokoll der HPT 2004 vorliegt. Dem Protokoll der Hauptausschusssitzung vom 12.11.04 war folgendes zu entnehmen:

*16 Wochen vor der FPT05 müssen die Vorschläge zur Satzungsänderung vorliegen. Mit zwei Enthaltungen und einer Gegenstimme wird der Vorschlag angenommen, dass die Ausschüsse Fragen zur Satzung formulieren, die dann in den Ländern diskutiert werden sollen. Die Länder schicken ihre Vorschläge bis zum 31. Januar an die Geschäftsstelle. (Achtung: Dieser Beschluss ist durch die später vom Plenum eingesetzte Satzungs-Bearbeitungsgruppe überholt!)*

Leider blieb der Beschluss der Delegiertenversammlung wegen des fehlenden Protokolls bis heute im Dunkeln.

Zusammenfassend widersprechen wir schon jetzt allen BER-Beschlüssen zur Satzungsänderung, die ohne rechtzeitige Beteiligung der Länder gefasst werden sollen. Kein Delegierter im BER ist u. E. während einer Tagung berechtigt, über Satzungsänderungen abzustimmen, die nicht mit satzungsgemäßer Frist den Mitgliedern, nämlich den Ländern, bekannt gegeben wurden. Wir halten es für selbstverständlich, in der erforderlichen Form die Informationen über die beabsichtigten Änderungen zu geben. Dazu gehören zunächst einmal die Benennung der Zusammensetzung der Satzungskommission und die Beschreibung des diesbezüglichen Verfahrensganges.

Abschließend teilen wir Ihnen mit, dass wir das aus unserer Sicht äußerst kritische Schreiben des Landeselternrates Niedersachsen vom 15.09.2005, das nicht nur Sie zu diesem Themenkreis erreicht hat, in Form und Inhalt ausdrücklich unterstützen.

Für die Nordrhein-Westfälischen Elternvertretungen  
der Gymnasien, Real-, Haupt und Förderschulen

mit freundlichen Grüßen

André Ruhl  
- Sprecher des Elternbündnisses NRW -

Kopien an

- die Vorstandsmitglieder des BER
- die Ausschussvorsitzenden des BER
- die Landeselternvertretungen aller Bundesländer
- die Landeselternvertretungen aller Schulformen in NRW
- die Vorstände der Mitgliedsverbände im Elternbündnis NRW